

13.19

Bundesrat Georg Schuster (FPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! (*Bundesrat Todt: ... Das wäre gesichert! Alles gemacht!*) – Herr Kollege Todt, ich bin am Wort, wenn es recht ist! – Sehr geehrte Frau Bundesminister! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie und via Livestream! Künftig, ab 1.1.2019, wird die Familienbeihilfe nach der Kaufkraft des Landes, in dem das Kind wohnt, indexiert werden; das haben wir heute schon einige Male gehört. Warum ist das jetzt aber notwendig? – Jetzt bitte zuhören, meine Damen und Herren von der SPÖ! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

2002 wurde für 1 500 im Ausland befindliche Kinder Familienbeihilfe in Anspruch genommen. 2017, 15 Jahre später, hat sich die Zahl der Kinder, für die im Ausland Familienbeihilfe in Anspruch genommen wird – Achtung, jetzt Ohren spitzen! –, mittlerweile fast **verhundertfacht!** Nicht verfünfzehnfacht – wenn man sagt, 15 Jahre später –, sondern **verhundertfacht!** Derzeit werden sage und schreibe 253 Millionen Euro an 130 000 ausländische Kinder exportiert. – Das muss man sich doch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Da läuft doch etwas falsch, oder? (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Das versteht kein Bürger draußen. Erklären Sie das denen einmal, wo das Geld hinfließt! (*Zwischenruf der Bundesrätin Grimling.*)

Die Lebenshaltungskosten sind in Europa bekanntlich extrem unterschiedlich. Leider Gottes, muss man sagen, hat es die EU noch immer nicht geschafft, dass wir in allen Ländern gleich viel verdienen, denn dann hätten wir dieses Problem sicherlich nicht so. Wir leben in einem Land, in dem das Leben relativ kostspielig ist, dafür haben wir auch ein hohes Bruttoeinkommen. Es gibt aber andere Länder – wie zum Beispiel Rumänien oder Ungarn, das wurde heute schon erwähnt –, die viel geringere Unterhaltskosten, aber natürlich auch viel geringere Bruttolöhne haben. (*Zwischenruf des Bundesrates Beer.*)

Ich habe mir jetzt einmal angeschaut, wie die derzeitige Höhe der Familienbeihilfe in diesen zwei Ländern – Ungarn und Rumänien – ist. In Ungarn, die Vorrednerin hat es schon erzählt, sind es 39 Euro im Monat, in Rumänien gerade einmal 20 Euro. Und wie hoch ist die Familienbeihilfe in Österreich? – 172,40 Euro; das ist etwas komplett anderes! Die Frau Ministerin hat es auch schon erwähnt: Selbst wenn wir jetzt die Indexierung haben, bekommt man dann in diesen zwei Ländern, die ich speziell erwähnt habe, um das Zigfache mehr als im eigenen Herkunftsland. – Das kann nicht sein! Der Österreicher versteht das zu Recht nicht, warum wir 253 Millionen Euro an Familienbeihilfe in das Ausland exportieren. Und das ist kein Gehaltsbestandteil, so wie Sie von

der SPÖ es fälschlicherweise immer behaupten! (*Bundesrätin Grimling: Wer hat das behauptet?*)

Dann möchte ich noch auf meine Vorrednerinnen eingehen, die jetzt wieder einen Pflegenotstand herbeizitieren, den es überhaupt nicht gibt. Das ist nämlich, wie die Frau Ministerin auch schon gesagt hat, ein absoluter Unsinn und eine reine Panikmache. Sehr sozial ist das nicht, was Sie da machen!

Ich habe mir auch angeschaut, wie hoch das Bruttodurchschnittseinkommen in Rumänien ist. Wissen Sie das überhaupt? Haben Sie sich da schon informiert? Wer kann es mir sagen? Keiner von der SPÖ. – Es sind circa 700 Euro im Monat. In Ungarn ist es wie hoch? Wissen Sie auch nicht? – Dort sind es 900 Euro. Wenn ich mir jetzt die Ihnen nahestehende Gewerkschaft Vida und den Mindestkollektivvertragslohn für Pflegepersonal in Österreich ansehe: Wissen Sie, wie hoch der ist? – Die Kollegin von der Gewerkschaft ist leider gerade nicht da, die würde es sicher wissen. Er liegt zwischen 1 718,50 und 2 677 Euro brutto, ist also um ein Vielfaches höher als im eigenen Heimatland.

Sie sehen, dass das Pflegepersonal nach dem österreichischen Mindestkollektivvertragslohn hier noch immer um mehr als das Doppelte als im eigenen Land verdient. Ich bin mir auch 100-prozentig sicher, dass kein einziger vom Pflegepersonal wegen einer Indexierung der Familienbeihilfe nach Hause fährt (*Zwischenruf des Bundesrates Stögmüller*) und Österreich den Rücken kehrt, um im eigenen Heimatland eine viel schlechtere Bezahlung auf sich zu nehmen, wie Sie es fälschlicherweise behaupten. Das ist ein absoluter Unsinn, den Sie hier verzapfen! Es tut mir leid, aber so muss ich es sagen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Da einen Pflegenotstand zu konstruieren ist ein durchschaubares Ablenkungsmanöver, um von Ihrer glücklosen roten Truppe abzulenken, welche momentan im internen Parteichaos versinkt. Übrigens: Ich trage keine Rolex-Uhr und ich habe auch keine wertvollen Gemälde wie Ihr derzeitiger Bundesgeschäftsführer. (*Zwischenruf des Bundesrates Beer.*)

Dieser Indexierungsentwurf ist meiner Meinung nach 100-prozentig europarechtskonform. Wissen Sie, warum? – Schauen wir einmal in die EU, meine Damen und Herren: Selbst die EU passt die Gehälter ihrer Beamten an das ortsübliche Niveau an. Da habe ich von Ihnen noch keinen Aufschrei gehört, vor allem nicht von Ihrem SPÖ-Delegationsleiter, von Herrn Eugen Freund. Von ihm habe ich schon lange nichts mehr gehört. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber der Herr Kollege kennt sich ja auch beim Durch-

schnittseinkommen der Österreicher nicht so gut aus; das haben wir schon erfahren, als er gewählt wurde.

Ich möchte jetzt aber nicht weiter darauf eingehen, sondern ich möchte kurz zusammenfassen: Die Auszahlung der Familienbeihilfe darf zu keiner Verzerrung am Arbeitsmarkt führen, denn sie ist kein Gehaltsbestandteil, sondern eine Sozialleistung. (*Bundesrätin Grimling: Ja, das haben wir jetzt eh schon gehört!*) – Ja, man muss es den KollegInnen leider öfter sagen, denn je öfter man es sagt, umso mehr werdet ihr es vielleicht verstehen, tut mir leid. (*Zwischenruf des Bundesrates Novak. – Neuerlicher Zwischenruf der Bundesrätin Grimling.*) Dieses Geld soll den Familien und den Kindern dort zugutekommen, wo sie wohnen. Deshalb ist die Anpassung an die Lebenshaltungskosten aus Sicht der Regierung absolut nachvollziehbar, sozial und gerecht. Die 114 Millionen Euro, die wir dadurch einsparen werden (*Bundesrätin Grimling: Da bin ich neugierig!*), werden nämlich im Inland für soziale Zwecke dringend gebraucht und auch dementsprechend eingesetzt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

13.25